

Fragebogen

Vernehmlassung zum Entwurf des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietbeiträgen (Mietbeitragsgesetz, MBG)

Die Vernehmlassung dauert vom «23.08.2023» bis zum «23.11.2023».

*Die Vernehmlassungsunterlagen finden Sie im Internet unter nachfolgender Adresse
<https://www.regierungsrat.bs.ch/geschaefte/vernehmlassungen>.*

Bitte füllen Sie den Fragebogen nach Möglichkeit elektronisch oder in gut leserlicher Schrift aus und schicken ihn in elektronischer Form an asb@bs.ch. Ausgedruckte Versionen können Sie an folgende Adresse senden:

*Amt für Sozialbeiträge
Grenzacherstrasse 62
4005 Basel*

Angaben

Organisation / Institution:	LDP Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt
Strasse und Nr.:	Elisabethenanlage 25
PLZ und Ort:	Pf. 423, 4010 Basel
Name und Vorname (Kontaktperson):	Patricia von Falkenstein
E-Mail-Adresse (Kontaktperson):	pvfalkenstein@gmx.net

Vorbemerkungen zu den Fragen

Der vorliegende Gesetzesentwurf hat die bisherigen inhaltlichen Regelungen des aktuellen Mietbeitragsgesetzes für Familien mit Kindern (MBG) vom 21. November 1990 grösstenteils übernommen. Gemäss dem aktuellen Anzug Widmer-Huber und Konsorten wurde der Anspruch für Mietbeiträge auf **voll erwerbstätige Einzel- und Paarhaushalte ohne Kinder** ausgeweitet. Die Vernehmlassungsfragen beziehen sich hauptsächlich auf die Ausweitung der Bedarfsberechtigten. Anliegen zu einem möglichen weiteren Ausbau (Einkommengrenzen, Beitragssätze, etc.) sind auf Stufe Verordnung geregelt und nicht teil der Vernehmlassung.

Einleitende Fragen

1. Grundsätzliche Stellungnahme betreffend Ratschlag zum Gesetz über die Ausrichtung von Mietbeiträgen (Mietbeitragsgesetz, MBG).

Sie können Ihre Stellungnahme hier einfügen:

Die LDP befürwortet den Grundsatz der Erweiterung der Mietbeiträge, fordert aber eine Erfolgskontrolle gegenüber dem grossen Rat nach 2 Jahren. Die erwarteten positiven Auswirkungen auf die Sozialhilfeabhängigkeit müssen in diesem Bericht behandelt werden.

Auch muss geprüft werden, ob das Gesetz – trotz Karenzfrist von 5 Jahren – nicht eine Sogwirkung hat, weil die Nachbarkantone und Gemeinden diese Sozialleistungen nicht kennen. Mit den Nachbarkantonen und -Gemeinden ist das Gespräch über Angleichung der Leistungen zu suchen.

2. Stimmen Sie der Totalrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietbeiträgen (Mietbeitragsgesetz, MBG) zu?

- ☐ Ja
- ☒ Teilweise (bitte unten begründen)
- ☐ Nein (bitte unten begründen)

Evtl. Begründung / Kommentar:

Es muss sichergestellt werden, dass diese zusätzlichen Leistungen nicht dazu führen, den Wohnsitz nach Basel zu verlegen. Die LDP fordert deshalb eine Verlängerung der Karenzfrist auf 7 Jahre und eine Koordination mit den Nachbarkantonen und Gemeinden.

Die Überprüfung der Wirksamkeit ist zwingend nach 2 Jahren vorzunehmen.

3. Mit der Vorlage des Regierungsrates wird die Anzahl unterstützter Haushalte von 2'200 um ca. 1'700 erweitert und das Budget für Mietbeiträge von knapp 11.3 Mio. Franken um ca. 4.3 Mio. Franken pro Jahr erhöht. Finden Sie diesen Ausbau: angemessen, zu grosszügig oder ungenügend?

- ☐ ungenügend
☐ angemessen
☒ zu grosszügig

Evtl. Begründung / Kommentar:

Die LDP spricht sich für ein gestaffeltes Vorgehen aus, d.h. in einem ersten Schritt könnten geringere Beiträge gewährt werden und bei allfälligem Nichtgenügen könnten die Beiträge erhöht werden. Das jetzt gewählte Vorgehen birgt die Gefahr in sich, in gewissen Fällen höhere Beiträge als notwendig auszurichten.

Fragen zu einzelnen Gesetzesparagrafen

4. Sind Sie mit der Regelung bezüglich Ausweitung der Mietbeiträge auf Haushalte ohne Kinder einverstanden (neuer § 10 Abs. 1) einverstanden?

- ☐ Ja
☒ Teilweise (bitte unten begründen)
☐ Nein (bitte unten begründen)

Evtl. Begründung / Kommentar:

Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse aller Bewohnenden eines Haushalts müssen genau und regelmässig geprüft werden (gleich wie z.B. die Anspruchsberechtigung für Kinderzulagen). Die Abstände der Überprüfung müssen kurz sein.

5. Sind Sie mit der Regelung bezüglich Altersgrenze (neuer §11) einverstanden?

- ☒ Ja
☐ Teilweise (bitte unten begründen)
☐ Nein (bitte unten begründen)

Evtl. Begründung / Kommentar:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

6. Haben Sie weitere Bemerkungen oder Änderungsvorschläge zu einzelnen Paragraphen im Gesetzesentwurf?

Paragraf:	Hinweis / Änderungsvorschlag
Wählen Sie ein Element aus.	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
Wählen Sie ein Element aus.	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
Wählen Sie ein Element aus.	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
Wählen Sie ein Element aus.	Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Vielen Dank für Ihre Teilnahme an der Vernehmlassung.